

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : Amerika nach den Wahlen ; Bittere Lehren ; Die Labourkrise ; Neuer Umsturz in Frankreich? ; Was kostet der Kalte Krieg?
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

BUCHBESPRECHUNG

Myriam Orr, «Sie leben für den Frieden». Humata-Verlag, Bern, Fr. 5.80.

Auch den Friedensgedanken verstehen wir am besten, wenn wir ihn in Menschen suchen, die ihn leben und verkörpern. Solche Menschen schildert uns Myriam Orr in diesem kleinen Buch: Danilo Dolci, den in Sizilien selbstlos wirkenden Apostel der Bruderhilfe, Abbé Pierre, der in Frankreich ein ähnliches Werk tut, den in China arbeitenden Neuseeländer Rewi Alley, Professor José de Castro, den brasilianischen Kämpfer gegen den Welthunger, Kuo Mo-jo, den chinesischen Dichter, Forscher und Friedensarbeiter, Lord Boyd Orr, den Vorgänger de Castros in der Leitung der Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen. Etwas aus dem Rahmen des Ganzen herausfallend, mutet der Schlußabschnitt über den Inder Swami Sivananda an, doch läßt man sich gern auch von diesem erstaunlichen Yogi erzählen, der eine so ganz von der unsrigen verschiedene Geisteswelt vertritt. Das Buch von Frau Orr ist frisch, fesselnd, einfach und doch aus weitverbreitetem Wissen heraus geschrieben und wird dem Friedenskampf bestimmt gute Dienste leisten.

H. K.

WELTRUNDSCHAU

Amerika nach den Wahlen

Gerade noch rechtzeitig vor Abschluß meiner Monatsübersicht wird das Ergebnis der Wahlen in den Vereinigten Staaten, vor allem der Präsidentschaftswahl, bekannt. Wie ziemlich allgemein erwartet, ist der Kandidat der sogenannten Demokratischen Partei, der 43jährige Senator John Kennedy, als Nachfolger Eisenhowers zum neuen Präsidenten der USA gewählt worden, wenn auch nur mit knappem Mehr. Aber ich wäre in Verlegenheit, wenn ich daraus irgendwelche Schlußfolgerungen für die künftige Richtung der amerikanischen Politik ziehen sollte, außer der Feststellung, daß sich daran grundsätzlich nichts ändern wird. Denn diese Wahl war ja in Wahrheit gar keine Entscheidung zwischen Vertretern entgegengesetzter oder auch nur wesentlich verschiedener politischer Grundauffassungen, und damit war der Wahlkampf auch keine Auseinandersetzung über politische Programme und dahinter stehende Willensrichtungen und Interessen, kein Werben um Überzeugungen und Meinungen, keine Konkurrenz von Ideen und Grundsätzen, so daß dann der Bürger nach sachlicher Abwägung des Für und Wider der beidseitigen Standorte sein begründetes Urteil hätte abgeben und der Volkswille sich hätte in freier Entscheidung bilden können. Das wäre eine demokratische Wahl gewesen, aus der wirklich, wie es der berühmten Formel von Abraham Lincoln entsprochen hätte, eine Regierung des Volkes, für das Volk und durch das Volk, hätte hervorgehen können.

So etwas ist freilich in reiner Ausprägung unter einem kapitalistischen Wirtschaftsregime von vornherein ausgeschlossen, diesem Regime, das eine echte politische Demokratie gar nicht aufkommen läßt und ihr Wirken von Grund auf verfälscht. In der bürgerlich-kapitalistischen Demokratie ist es ja nicht das Volk, das die Politik macht, sondern die wirtschaftlich und gesellschaftlich herrschende Klasse, also eine Minderheit, die im Spätkapitalismus mit seiner immer stärkeren Zusammenballung der Wirtschaftsmacht in wenigen Händen eine sehr kleine Minderheit sein kann. In den Vereinigten Staaten ist vor Jahren ein Buch erschienen mit dem Titel «Amerikas sechzig Familien», eine Beschreibung der vielfältig versippten obersten Schicht der kapitalistischen Klasse der USA, in deren Händen auch die Führung der Staatsgeschäfte liegt. Und ähnlich, wenn auch vielleicht nicht so kraß, ist das Bild, das die übrigen bürgerlichen Demokratien darbieten. Die Politik wird hier in erster und letzter Linie im Interesse der besitzenden Klasse gemacht, weder *für* das Volk noch *durch* das Volk, dem durch die von den Herrschenden gehandhabten Mittel der Meinungsbildung — Presse, Radio, Fernsehen, Kino, auch Schule und weithin Kirche usw. — nur eingetrichtert werden muß, daß seine Interessen mit denen der «Oberen» übereinstimmen. Einer, der es wissen mußte, Henry Wallace, Vizepräsident der Vereinigten Staaten unter Roosevelt, schrieb denn auch seinerzeit (in seinem Buch «Dem Weltfrieden entgegen») ganz offen: «Die äußere Form unserer Regierung in den Vereinigten Staaten wird zweifellos weiterhin unsere verfassungsmäßige Demokratie sein, aber die wirkliche Herrschaft . . . wird beim Militär und bei den Männern liegen, die die größeren Finanz- und Industriekonzerne leiten . . . Die kapitalistischen Schlüsselmänner üben auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einen Einfluß aus, der feiner angelegt ist als derjenige, den die herrschenden Mächte in den Ländern ohne freie Presse ausüben. Trotzdem ist die Übermittlung einer gegebenen Einstellung durch die Presse ebenso wirkungsvoll und fast ebenso einheitlich.» Wobei zu bemerken ist, daß die Presse in den Vereinigten Staaten hinter den übrigen Werkzeugen der Meinungsfabrikation immer mehr zurücktritt.

Von einer irgendwie demokratischen Willensbildung bei Wahlen kann also in den USA schon aus dem angeführten Grund keine Rede sein. Dazu kommt nun aber, daß bei dieser Präsidentenwahl keiner der beiden Kandidaten auch nur ein halbwegs greifbares politisches Programm hatte. Daß sie beide auf ausgesprochen kapitalistischem Boden stehen, war zwar selbstverständlich, zumal bei dem schwerreichen Kennedy, der ohne weiteres der Wirtschaft und Staat beherrschenden Oberschicht zuzuzählen ist. Aber darüber hinaus konnte kein Mensch mit Bestimmtheit sagen, was für Richtlinien der eine oder der andere der Präsidentschaftsanwärter im Fall seiner Wahl folgen würde. Ganz bewußt ließen das beide in einem dämmerigen

Zwielicht, sei es, um keine Wählergruppe zu stark vor den Kopf zu stoßen, sei es, um sich völlig freie Hand für ihre Amtsführung zu wahren. Man kann zwar annehmen, daß Kennedy in der Innenpolitik liberaler und sozialfortschrittlicher sein wird, als das Nixon hätte sein können. Aber wie weit er dabei gehen wird und was er sich heute selber unter seinem innenpolitischen Programm vorstellt (sofern er es überhaupt wird verwirklichen können), das ist völlig unbekannt. In der Außenpolitik wird er, wenn man aus gewissen seiner Äußerungen einen Schluß ziehen darf, versuchen, das gesunkene Ansehen der USA in der Welt durch forscheres Auftreten wieder zu heben, aber er wird genau so scharf und aggressiv antikommunistisch sein, wie sich Nixon gebärdete, vielleicht — seinem «dynamischen» Temperament entsprechend — noch schärfer und aggressiver. Auch in dieser Beziehung hatten die Wähler und Wählerinnen jedenfalls nicht zwischen zwei verschiedenen Auffassungen von der Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt zu entscheiden, wie das Voraussetzung für einen demokratischen Wahlakt gewesen wäre.

So blieb also in der Hauptsache nur die Wahl zwischen zwei *Männern* als Charakteren und Persönlichkeiten. Daß hier Kennedy den Vorzug verdiente, unterliegt für mich keinem Zweifel; Nixon ist ein derartig mittelmäßiger Routinier und grundsatzloser Streber, daß man sich nur wundern muß, wie dennoch Millionen und aber Millionen Amerikaner und Amerikanerinnen bereit waren, ihn zum Präsidenten zu machen. Kennedy hat Format — das sieht man. Er wird imstande sein, Initiativen zu ergreifen und wieder Kurs in die amerikanische Politik zu bringen. Aber eben — was für einen Kurs? Das ist die Frage. Daß er die Politik der USA nicht grundsätzlich umstellen und den Kalten Krieg nicht abblasen wird, ist zwar sicher; er wird sich im Rahmen der seit Roosevelts Tod betriebenen westmächtlich-kapitalistischen Machtpolitik halten, die im Kommunismus (und Sozialismus) *den* großen Menschheitsfeind sieht. Aber er wird innerhalb dieses Rahmens genug Spielraum finden, um «persönliche Politik» zu machen, im Guten wie im Bösen. Ob dabei auch seine Eigenschaft als praktizierender Katholik zur Geltung kommen wird, steht dahin; ich für meinen Teil kann mir schwer denken, daß das nicht der Fall sein wird. Für den *politischen* Katholizismus ist seine Wahl auf jeden Fall ein unerhörter Triumph, und trotz aller klugen Zurückhaltung des Klerus ist es auch ganz sicher, daß die katholische Kirche als Ganzes, die man als die wirksamste «Druckgruppe» in den Vereinigten Staaten bezeichnet hat, wesentlich dazu beigetragen hat, einen Mann *ihres* Glaubens an die Spitze des mächtigsten Reiches der westlichen Welt zu bringen. Für die nichtkatholischen Wähler spielte Kennedys Konfession freilich kaum eine Rolle; sie standen wie das ganze Wahlvolk im Banne der hemmungslos wüsten, geradezu hypnotischen Propaganda, die um die beiden Kandidaten als Persönlichkeiten «an und für sich» betrieben wurde. Für irgendwie in demokratischem Geist

geführte Volksaufklärung blieb da erst recht kein Platz mehr; was in diesen letzten Wochen und Monaten von den Reklamemaschinen in beiden kämpfenden Lagern geboten wurde, das war auch bei weiterherzigster Auslegung des Begriffes keine Demokratie mehr, das war übelste Demagogie. Und davon soll eine heilsame Wirkung auf Amerika, auf die Welt ausgehen? Nein, es wird sich *von hier aus* weder in den Vereinigten Staaten noch in der Welt überhaupt etwas Wesentliches ändern, mindestens nicht zum Guten, und am wenigsten in der Außenpolitik, deren Grundlinie auch für Kennedy festgelegt ist und von ihm nur mit anderen Methoden weitergeführt werden wird — zum Unheil seines Landes und der übrigen Welt.

Eine wirklich tiefgreifende Wandlung der amerikanischen Außenpolitik ist, wie schon in der letzten Weltrundschau bemerkt wurde, erst zu erwarten, wenn die außenpolitischen Niederlagen der Vereinigten Staaten das Gefüge des amerikanischen Kapitalismus selbst ernsthaft erschüttern und bedrohen. Und dieser Zeitpunkt ist nicht so fern, wie man vielleicht anzunehmen bereit ist. In den anderthalb Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg hat sich die große amerikanische Geschäftswelt immer stärker weltwirtschaftlich und damit weltpolitisch festgelegt. Noch 1950 betrugen ihre Kapitalanlagen im Ausland erst 17,5 Milliarden Dollar; 1958 hatten sie sich mit 37,4 Milliarden bereits mehr als verdoppelt. Es sind vor allem die Riesenkonzerne des Ölkapitalismus und einiger anderer Schlüsselindustrien, die allmählich aufs engste mit der wirtschaftlich-politischen Entwicklung in der außereuropäischen Welt verbunden sind, nicht nur mit derjenigen in Westeuropa — Frankreich, Westdeutschland, Italien, Schweiz usw. —, sondern namentlich auch mit den Ereignissen in den «rückständigen» Ländern und Erdteilen. Die amerikanische Kapitalistenklasse kann hier zwar leichte und große Gewinne einheimsen, wird aber gleichzeitig auch in unangenehmster Weise von den Umwälzungen in Mitleidenschaft gezogen, die sich in diesen Ländern abspielen. Der USA-Kapitalismus wird damit in einem Grad verwundbar, wie er es noch vor zehn, fünfzehn Jahren, auf dem Höhepunkt seiner Macht, bei weitem nicht war; sein Lebensraum — das heißt sein Ausdehnungsfeld — wird zusehends enger, und da sich der Kapitalismus immer weiter und immer tiefer in fremde Räume hinein ausdehnen muß, will er nicht ersticken, so droht ihm diese Entwicklung direkt ans Leben zu gehen.

Bittere Lehren Schon der Verlust Rußlands, des übrigen Osteuropas und Chinas traf die nordamerikanische Wirtschaft empfindlich und erklärt zu einem großen Teil den wütenden Antikommunismus der Vereinigten Staaten. Noch viel gefährlicher aber droht für den amerikanischen — und den internationalen! — Kapitalismus der reißend schnell vor sich gehende Abfall der ganz- und

halbkolonialen Nationen Vorderasiens, Afrikas und Lateinamerikas von der «freien Welt» zu werden, dem sich die Erschütterung der Herrschaftsstellung der Vereinigten Staaten im Pazifikraum anschließt. Die Losreißung Kubas vom nordamerikanischen Kapitalismus gewinnt in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung, zumal das kubanische Beispiel in allen lateinamerikanischen Ländern die nationalrevolutionäre Bewegung mächtig zu stärken geeignet ist. Mit Kuba verlieren die USA, wie die Neuyorker «Monthly Review» (Oktoberheft) hervorhebt, eines der fortgeschrittensten unter den sogenannten Entwicklungsländern. «Ein reicher Absatzmarkt, der bisher erheblich über eine halbe Milliarde Dollar im Jahr einbrachte, ist reißend schnell eingeschrumpft und wird es im ganzen Jahr 1960 wahrscheinlich auf nicht viel mehr als einen Drittel dieser Zahl bringen. Die amerikanischen Kapitalanlagen in Kuba, die früher auf annähernd eine Milliarde Dollar geschätzt wurden (ungefähr ein Zehntel der US-Anlagen in ganz Lateinamerika) und die zumeist außerordentlich hohe Erträge abwarfen, sind beinahe alle nationalisiert worden (jetzt sind sie es restlos. H. K.) . . . Und vielleicht das Allerbedeutsamste: die Ereignisse in Kuba haben bereits zu einer Verlangsamung des Kapitalzuflusses nach ganz Lateinamerika geführt.» Dabei ist der Betrag der nordamerikanischen Kapitalanlagen in Lateinamerika schon zwischen 1958 und 1959 von 945 auf 644 Millionen Dollar gesunken. Das alles kann nicht ohne Rückwirkung auf das Schicksal des amerikanischen Kapitalismus und der amerikanischen Weltmacht bleiben.

Im Fernen Osten ist es vor allem Japan, das den Regierenden der Vereinigten Staaten Sorgen macht, müssen sie sich doch auf das schließliche offene Abspringen des Verbündeten vom amerikanischen Stützpunktsystem gefaßt machen. Laos haben sie wohl bereits verloren. Mit etwelcher Bitterkeit fragt man sich darum in den Vereinigten Staaten, ob man mit Geld wirklich noch zuverlässige Freunde und Verbündete schaffen könne. «US News and World Report» (31. Oktober) erinnert daran, daß die Vereinigten Staaten dem südostasiatischen Dschungelland «massive Einspritzungen von Hilfsdollars» verabfolgt hätten, ohne es doch wirklich für sich zu gewinnen. In den letzten sechs Jahren sei mehr als eine Viertelsmilliarde Dollar nach Laos gewandert, je Kopf der Bevölkerung mehr als in irgendein anderes Land der Erde. Der Großteil der amerikanischen Hilfgelder ging in die laotische Wirtschaft, wobei, wie sich die Neuyorker Zeitschrift zartfühlend ausdrückt, «einige Korruption unvermeidlich» war und «einige reiche Laotianer noch reicher wurden»; mit dem Rest wurde die Armee aufgebaut, die seither vollständig von den Vereinigten Staaten ausgehalten wurde. Gerade diese Armee aber war es, welche die amerikanisch eingestellte Regierung im vergangenen August absetzte und eine neutralistische Regierung ans Ruder brachte, die, wenn auch gegen ihren Willen, mehr und mehr gegen das chinesisch-nordvietnamesische Lager hin abgedrängt wird. «Was ist also die Lehre von

Laos?» fragt «US News and World Report». Und antwortet: «Die Lehre von Laos ist, daß man nicht erwarten kann, einen Verbündeten zu gewinnen oder auch nur ein Land stark zu machen, wenn man sich in der Hauptsache auf massive Einspritzungen amerikanischer Hilfgelder verläßt.»

Höchst wahrscheinlich werden die Vereinigten Staaten die gleiche Erfahrung auch noch mit anderen ostasiatischen Ländern machen. Nicht zuletzt mit Tschiang Kai-sheks *Formosa*, das sie kaum weniger massiv als Laos unterstützen, in der Hoffnung, es zum Sturz des kommunistischen Regimes in *China selbst* benützen zu können. Und doch befestigt sich die Chinesische Volksrepublik von Jahr zu Jahr mehr und mehr, politisch nicht weniger als wirtschaftlich und sozial. Das bestätigt im Oktober-Dezember-Heft der Londoner «Junction» auch unser Freund Jack Boggis, der mit einer englischen Delegation einen Monat in China weilte. Die westmächsliche Propaganda, so schreibt er unter anderem, stellte China als Polizeistaat hin, der das Volk unterdrücke und versklave. «Warum sollte es aber für unglaublich gehalten werden, daß das Volk mit der Kommunistischen Partei und der Regierung zusammenarbeite, nicht weil es versklavt wäre, sondern weil es mit ihr zusammenarbeiten *will*, weil es an die Ziele der Regierung und der Partei glaubt? Bestimmt gibt es keine sichtbaren Anzeichen eines Polizeistaats. So ist beispielsweise (und das ist eine weitere kleine, aber bezeichnende Tatsache, die mich sehr stark beeindruckte) die Polizei unbewaffnet und steht anscheinend sehr gut mit dem Volk. Es gibt heute nur sehr, sehr wenige Länder in der Welt, wo die Polizei unbewaffnet ist.» Natürlich gebe es eine Minderheit, die durch die Revolution entmachtet und geschädigt worden sei oder die sonst irgendwie in der Opposition stehe. «Aber die überwältigende Mehrheit des Volkes unterstützt freudig und begeistert die Regierung mit jeder Faser ihres Seins und entspricht jeder Anforderung, die an sie gestellt wird, in dem Bewußtsein, daß es ihre Bestimmung ist, eine wirklich große Nation in jedem Wortsinn zu werden.» Die chinesischen Volksmassen seien nicht nur besser genährt, gekleidet und behaust als jemals zuvor; auch für die Schwachen, die ganz Jungen, die Alten, die Kranken, die Blinden werde wirklich gut gesorgt, und alle Dinge des Geistes, der Kunst, der Musik fänden umfassende Pflege. «Das mag abgedroschen erscheinen; aber ich glaube», so betont Boggis nachdrücklich, «ich kam in China einem tätigen Christentum näher, als ich es jemals zuvor war.»

Und dieses China hofft die herrschende Klasse im kapitalistischen Amerika immer noch zerschlagen und wieder der «freien Welt» eingliedern zu können, die es so schamlos ausgebeutet und unterdrückt hat? Nein, mit der Weltmachtstellung der Vereinigten Staaten geht es in Ostasien immer mehr bergab. Und bergab geht es damit auch in Vorderasien, im braunen und im schwarzen Afrika, eingeschlossen den Kongo. Die belgischen Kolonialisten, hinter denen die USA stehen,

benützen jetzt zwar ganz unverhohlen die im Kongo um sich greifende Anarchie dazu, in ihre alten Stellungen zurückzukehren. Aber Generalsekretär Hammarskjöld und seine Mitarbeiter scheuen sich nicht, das planmäßige Wiedereinsickern der Belgier in die wichtigsten Zweige des öffentlichen Lebens der Kongorepublik offen zu brandmarken — zum großen Verdruß auch der amerikanischen Regierung. Und ebenso wenig nehmen sie ein Blatt vor den Mund, wenn sie die Zuchtlosigkeit der «Armee» des Obersten Mobutu und die Umtriebe des Monsieur Tschombé im Katanga kennzeichnen, die beide die Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen Kongostaates sabotieren. In der Sowjetunion schaut man all dem mit einer gewissen Schadenfreude zu, sieht man doch seine Kritik an der UNO-Aktion durch die neue Sprache ihrer Leiter selbst mehr oder weniger gerechtfertigt. Gerade darum werden aber die Vereinigten Staaten als die Hauptfinanzierer der Aktion erst recht darauf drängen, daß es im Kongo nach *ihrem* Willen gehe. «Wer zahlt, der befiehlt!» Nur werden die übrigen UNO-Mitglieder, vor allem die selbständigen afrikanischen Staaten, dabei auch ein Wörtlein mitzureden haben — und wir vermuten, daß sie es sein werden, die das *letzte* Wort haben . . .

Die Labourkrise Und die europäischen Verbündeten der USA? Sie sind nach dem Zweiten Weltkrieg, als Westeuropa zum Sozialismus reif zu sein schien, durch massivstes amerikanisches Eingreifen noch einmal für die kapitalistische «Ordnung» gerettet worden; aber all ihr wirtschaftlicher Aufschwung wird es nicht verhindern können, daß sie in den fortschreitenden Rückgang der Weltgeltung der Vereinigten Staaten und das Einschrumpfen des kapitalistischen Lebensraums hineingezogen werden. Auch die *Deutsche Bundesrepublik* mit ihrem «Wirtschaftswunder» nicht, sie, die die sicherste Stütze des amerikanischen Machtsystems in Europa geworden zu sein scheint, aber gerade wegen ihrer ungesunden wirtschaftlichen Aufblähung und der darauf begründeten militärisch-nationalistischen Renaissance tatsächlich ein Koloß auf tönernen Füßen ist. Und ebenso wenig die anderen NATO-Mächte. *Großbritanniens* kapitalistische Wirtschaft ist ohnehin nicht in der besten Verfassung. Die 400 000 Arbeitslosen, die auf ihr lasten, sind nur *ein* Anzeichen für ihre Schwierigkeiten; ihre technisch-organisatorische Rückständigkeit und der ganze konservative Geist, der ihre Träger beherrscht, deuten darauf hin, daß das Privatunternehmertum in England keine große Zukunft mehr hat. Die Rüstungsausgaben, die sich Großbritannien leistet, werden denn auch von Jahr zu Jahr schwerer erträglich, und die tödliche Gefahr, in der das Land im Fall eines Zusammenstoßes von West- und Ostblock schwebt, läßt es erst recht als dringlichst geboten erscheinen, alle Kraft aufzubieten, um dem Kalten Krieg — und das heißt der Abhängigkeit von der amerikanischen Gewaltpolitik — so schnell als möglich ein Ende zu machen.

Bisher ist es freilich der Natur der Sache nach erst die Labourbewegung, in der sich der Wille zu einer radikalen Neuorientierung der britischen Politik durchzusetzen begonnen hat. Der Parteitagebeschuß von Scarborough, der die Abkehr von der Illusion einer «atomaren Abschreckung», den einseitigen Verzicht auf Kernwaffen und die Preisgabe der amerikanischen Stützpunkte in Großbritannien fordert, ist ein erster machtvoller Durchbruch der Erneuerungskräfte auch dann, wenn es angesichts des Blockstimmensystems, das die Minderheiten in den Gewerkschaften nicht zur Geltung kommen läßt, nicht sicher ist, ob bereits die Mehrheit der Parteimitglieder hinter dem Beschuß steht. Auf jeden Fall aber schlägt es allen Regeln der Parteidemokratie ins Gesicht, wenn der rechte Labourflügel unter der Führung Gaitskells sich weigert, im Parlament dem Entscheid des Parteitage, des obersten Organs der Bewegung, Rechnung zu tragen, und darauf beharrt, daß die Unterhausfraktion ihre Haltung in der Militär- und Außenpolitik selbständig festlegen müsse. Die Bestätigung Gaitskells als Fraktionsvorsitzenden hat darum die innere Krise der Labourpartei keineswegs gelöst; daß ein voller Drittel der Fraktion für den verständigen Harold Wilson als Präsidenten stimmte, zeigt an, wie stark auch in dieser Körperschaft, die der offiziellen Denkweise in außenpolitischen Dingen viel zugänglicher ist als ein Parteitag, der Widerstand gegen die stur aufrüstungswillige Parteiführung geworden ist. Wie die Auseinandersetzung in der Labourpartei weitergehen wird, ist noch unklar. Sicher ist nur, daß diejenigen Abgeordneten, die mit einem ausgesprochen rüstungsgegnерischen Programm gewählt wurden — es sind ihrer rund sechzig —, künftig im Unterhaus nicht mehr im Namen der Parteidisziplin gezwungen werden können, gegen ihre Überzeugung zu stimmen. Und wenn das trotzdem über kurz oder lang zu einem Auseinanderfallen der Labourfraktion in zwei selbständige Gruppen führen sollte, so wäre auch das kein zu hoher Preis für das Festhalten der Anhänger des Beschlusses von Scarborough am Grundsatz der atomaren Abrüstung, der in der Labourmitgliedschaft und darüber hinaus auch in den anderen Parteien immer mehr Zustimmung findet.

Selbstverständlich arbeiten die Gegner des Parteitagebeschlusses, vor allem seine bürgerlichen Kommentatoren, jetzt mit der Unterstellung, die Labourbewegung treibe bewußt oder unbewußt dem Kommunismus zu. «Die Kommunisten», so schrieb zum Beispiel ein vielgelesenes amerikanisches Blatt, «haben bereits einen bedeutenden Sieg errungen. Zwei ihrer Hauptziele — Rückzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa und Auflösung der NATO — sind jetzt ins offizielle Programm einer verantwortlichen nichtkommunistischen Partei aufgenommen worden, die vor nur zehn Jahren England regierte und bei den letzten Wahlen mehr als 12 Millionen Wähler musterte.» Nur zieht eben der Kommunistenschreck in England — und wohl auch in anderen Teilen Europas, die Schweiz natürlich ausgenommen

— lange nicht mehr so sehr, wie man sich in Amerika noch vorstellt. Wenn die Kommunisten etwas verlangen, so ist das in den Augen einer wachsenden Zahl von Menschen noch keineswegs ein Beweis dafür, daß es schlecht, ja ruchlos ist.

Auch das Schlagwort von der «Beschwichtigungspolitik» taucht wieder auf; Pazifismus und Abrüstungspropaganda, so heißt es, hätten wesentlich den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verschuldet, und sie drohten jetzt ebenfalls zur Wehrlosmachung Großbritanniens und zur Ermütigung des schon bereitstehenden Angreifers zu führen. Aber das gehört eben zu der großen, alles vergiftenden Lüge, daß die Sowjetunion heute die Rolle des ehemaligen Dritten Reiches spiele und Chruschtschew nur ein zweiter Hitler sei. Was in Wahrheit den Zweiten Weltkrieg ermöglichte, das war ja jener Antikommunismus der Westmächte, der planmäßig die deutsche Wiederaufrüstung förderte und Hitler freie Hand für seine gegen den Osten gerichtete Eroberungspolitik (Österreich, Tschechoslowakei, Polen usw.) ließ. Und der gleiche Antikommunismus ist heute abermals am Werk, fördert energisch die Wiederaufrüstung auch des heutigen kapitalistischen Deutschlands und ermutigt es zu einem dritten Zug gen Osten, bei dem es diesmal, wie es glaubt, die ganze westliche Welt im Rücken hätte, also unbedingt siegen müsse. Daß in England heute starke Kräfte am Werk sind, um dieses verbrecherische Unternehmen zu vereiteln, sollte kein Grund sein, sie zu verleumden, sondern nur ein Grund, ihnen zu danken und sie auch von außen her zu unterstützen.

Neuer Umsturz in Frankreich! Einstweilen tut freilich die offizielle Welt des Westens alles, um die Friedenskräfte in Großbritannien zu schwächen und die Kriegskräfte besonders in Adenauers Deutschland zu stärken. Wie weit es schon gekommen ist, ersieht man daraus, daß von jetzt an westdeutsche Truppen in der Champagne ihre neue Kriegstechnik und -taktik ausprobieren dürfen — in dem gleichen *Frankreich* also, das seit 90 Jahren dreimal deutsche Armeen als Angreifer auf seinem Boden erlebt hat. Auch Belgien stellt übrigens Westdeutschland einen Truppenübungsplatz zur Verfügung und verlegt deshalb sogar ein Denkmal zu Ehren einer Gruppe von Widerstandskämpfern, die von den Deutschen erschossen wurden, an eine passendere Stelle. Sonst sind allerdings die westdeutsch-französischen Beziehungen gegenwärtig nicht ungetrübt. De Gaulle findet nicht nur bei England und Amerika mit seinen Plänen für eine Reform der NATO, die von einem Direktorium der «drei Großen» geleitet werden solle, keine Gegenliebe; er stößt auch bei seinem Freund Adenauer auf hartnäckigen Widerstand gegen sein «Europa der Vaterländer», das heißt gegen seine Idee, zu rein nationalstaatlichen Armeen zurückzukehren, ist man doch in Bonn umgekehrt eifrigst daran, die militärischen Rüstungen und sonstigen «Ver-

teidigungsmaßnahmen» der Westmächte technisch wie organisatorisch vereinheitlichen zu helfen. Das hat zu einer außenpolitischen Isolierung Frankreichs geführt, die in Paris um so schmerzlicher empfunden wird, als man in der Algerienfrage, die nun auch wieder vor die Vereinten Nationen kommen soll, internationale Unterstützung dringend nötig hat.

Der Algerienkrieg geht nun ja schon ins siebte Jahr, und noch ist kein Ende des Mordens abzusehen. De Gaulle möchte gewiß gern zu irgendeiner Art Verständigung mit der algerischen Befreiungsbewegung kommen, aber was er ihr als «Selbstbestimmung» und «freien Volksentscheid» anbietet, ist, wenn nicht einfach Betrug, so gewiß eine derart zweifelhafte Sache, daß die kämpfenden Algerier daraufhin unmöglich die Waffen niederlegen können und infolgedessen im vergangenen Sommer die Verhandlungen von Mélung ergebnislos abgebrochen werden mußten. Auf der anderen Seite geht aber schon das, was de Gaulle anregte, der französischen Minderheit in Algerien und ihrem Anhang in Frankreich selbst, besonders aber der Armee — das heißt dem Offizierskorps — viel zu weit. «Noch ein Schritt in dieser Richtung» — so drohen die vereinigten Ultras —, «und wir schlagen mit letzter Kraft los!» Dazu kommt, daß sich de Gaulle und seine Regierung auch in der Nationalversammlung einer wachsenden Opposition von links wie von rechts gegenübersehen; bei der Abstimmung vom 24. Oktober über das beantragte Mißtrauensvotum brachten es die Gegner der Regierung auf die respektable Zahl von 207 Stimmen, so daß bereits die Auflösung des Parlaments in der Luft schwebte. General de Gaulle findet sich so durch eigene Schuld in einer fast verzweifelten Lage, aus der er nur mehr den Ausweg einer Erklärung des nationalen Notstands, also seiner unbeschränkten persönlichen Diktatur, weiß. Das ist nichts anderes als die Anmeldung des moralischen Bankrotts der Fünften Republik; der förmliche äußere Zusammenbruch wird folgen — es fragt sich nur wann und wie. Die Putschdrohung der Militärs und der äußersten Rechten und die Aussicht auf die Notstandsdiktatur des Präsidenten mögen eine Zeitlang ihre Wirkung tun und Herrn de Gaulle am Ruder halten; aber daß es nicht unbegrenzt so weitergehen kann wie bisher, liegt auf der Hand, so daß man sich auf alles gefaßt machen muß. Das Unglück ist nur, daß die Linke viel zu uneinig und unentschlossen ist, um eine zielklare, tatkräftige Aktion zur Lösung der Algerienfrage und zur Bändigung der reaktionär-militaristischen Draufgänger ins Werk setzen zu können. Und doch vermöchte ein folgerichtig und lange genug durchgehaltener Massenstreik Wunder zu wirken im Kampf um die Schaffung jenes neuen Frankreichs, das schon 1945 auf dem Weg war und heute eine noch dringlichere Lebensnotwendigkeit für unser westliches Nachbarvolk ist als jemals zuvor.

Was kostet der Kalte Krieg! Für die Schaffung eines neuen Frankreich ist eine erste Voraussetzung die Beendigung des Algerienkrieges, der die Kräfte des Landes völlig aufzuzehren droht und alles, was Freiheit und Demokratie heißt, einfach erstickt. Aber es müßte mit der Rüstungs- und Gewaltpolitik überhaupt Schluß gemacht werden, die mit ihrer unsinnigen Verschleuderung von Kraft und Geld ein Haupthindernis für eine großzügige französische Politik der Volkswohlfahrt und des wirtschaftlichen Gedeihens ist. Und das gleiche gilt für alle übrigen Länder — nicht zuletzt die Schweiz —, auf denen die Kriegsrüstungen als in jeder Hinsicht lebensfeindlicher Druck lasten. Das legt in besonders aufschlußreicher Weise Professor *John D. Bernal*, der weitbekannte englische Biologe, in seinem Buch «Welt ohne Krieg» dar, das in deutscher Übersetzung unlängst in Berlin (Verlag der Wissenschaften) erschienen ist.

Die Kosten des Kalten Krieges, so schreibt er, sind viel größer, als es scheinen mag, wenn man die Summen addiert, die von den verschiedenen Ländern der Welt für Kriegsvorbereitungen ausgegeben werden und die jedes Jahr mindestens 90 Milliarden Dollar, also gegen 400 000 Millionen Schweizer Franken, erreichen. Die Hauptleidtragenden des Wettrüstens sind die unterentwickelten Völker, denen mit dem genannten Betrag in kurzer Zeit zu einem menschenwürdigen, ja reichen und freien Leben verholfen werden könnte. Aber auch die fortgeschrittenen Länder nehmen schweren Schaden. Man braucht sich nur vorzustellen, welche Werke der Volkswohlfahrt, der Volksgesundheit, der Volksbildung in der Schweiz geschaffen werden könnten, wenn die mindestens 1200 Millionen Franken, die schon jetzt die Vorbereitung der Armee auf den «nächsten Krieg» alljährlich verschlingt, vernünftig und anständig verwendet würden.

Dazu kommen in allen modernen Ländern die überhaupt nicht genau meßbaren Kosten für die *Vorbereitung* der Militärrüstungen, für Forschung und Entwicklung auf technisch-industriellem Gebiet, besonders in der Elektro- und Flugzeugindustrie, in der Atomkraft- und Raketentechnik usw. Die Elektro- und Flugzeugfirmen produzieren zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, wie Bernal feststellt, zu 90 Prozent Militärflugzeuge. «Daneben werden auch Flugzeuge für zivile Zwecke gebaut, aber der Zweck dieses großen neuen Industriezweiges ist grundsätzlich nicht der, solche Flugzeuge herzustellen, sondern immer wirksamere Bomber und Kampfflugzeuge zu produzieren.» Am verheerendsten ist die Nutzbarmachung der Atomwissenschaft für militärische Zwecke. «Die Art der Forschung ist auf die militärischen Anwendungsmöglichkeiten ausgerichtet. Das hatte zur Folge, daß die Entwicklung der Atomforschung für friedliche Zwecke wahrscheinlich mindestens ein Jahrzehnt lang aufgehalten wurde... Angesichts des Weltmangels an Energie ist die eingetretene Verzögerung allein schon ein weiteres Verbrechen an der Menschheit.» Die

Hindernisse, die der Kalte Krieg dem Welthandel und der Weltwirtschaft bereitet (Blockade der kommunistischen Länder usw.), gehören ins gleiche Kapitel. Und so noch eine Reihe anderer schwer abschätzbarer Verluste, die die Menschheit durch das Wettrüsten erleidet, dessen Einstellung die Westmächte unter dem unwahrhaftigen Vorgeben verweigern, die Sowjetunion wolle keine wirksame Kontrolle einer international zu vereinbarenden Abrüstung. Tatsächlich hat es Chruschtschew auch an der gegenwärtigen UNO-Tagung wieder ganz klar gemacht, daß die Sowjetunion zu jeder Rüstungskontrolle bereit ist, die nach grundsätzlich beschlossener Abrüstung vorgenommen werden sollte, freilich — und mit Recht — nicht zu einer Kontrolle, die *vor* einem Abrüstungsvertrag ausgeübt würde, weil dann ja zum Beispiel die Vereinigten Staaten auf leichteste Art alle Verteidigungsvorkehrungen der Sowjetunion auskundschaften könnten, aber, wenn es zur Abrüstung käme, mit irgendeiner Ausrede den Abschluß eines Übereinkommens abzulehnen vermöchten. Die Westmächte *wollen* eben nicht abrüsten. «Der Kalte Krieg muß so lange dauern, bis die kommunistischen Regierungen bankrott gemacht haben, oder, wenn das nicht eintritt, bis in alle Ewigkeit währen», so stellt Bernal als Auffassung der Westmächte fest.

Die große Gefahr ist nur, daß das Wettrüsten mit Atomwaffen zur allvernichtenden Kriegskatastrophe führen wird, wenn es auch bloß noch kurze Zeit weiterbetrieben wird. Rettung sehen wir allein in einem Aufstand der bedingungslos kriegsfeindlichen Volkskräfte in möglichst vielen Ländern gegen das verbrecherische Treiben der dafür verantwortlichen Regierungen, unterstützt von einer Krise des kapitalistisch-imperialistischen Systems selber, das — wie in einem früheren Abschnitt angedeutet — auf seinen bisherigen Wegen einfach nicht mehr weiterkommt. Möge uns die Gnadenfrist geschenkt werden, den Widerstand gegen Krieg und Rüstungen, Kapitalismus und Kolonialismus so lange durchzuhalten, bis uns aus dem Versagen der alten Weltordnung die Bundesgenossen erwachsen, mit deren Hilfe wir die neue, gerechtere Weltordnung aufbauen können!

9. November

Hugo Kramer



Nur wer den Furchtbarkeiten der ungeheuren Entwicklung, in der wir stehen, furchtlos die Fackel der Wahrheit entgegenhalten kann, ist Träger des Neuen.

Möge uns allen diese reine Furchtlosigkeit sicherer und sicherer gegeben werden.

Emil Fuchs, Januar 1936